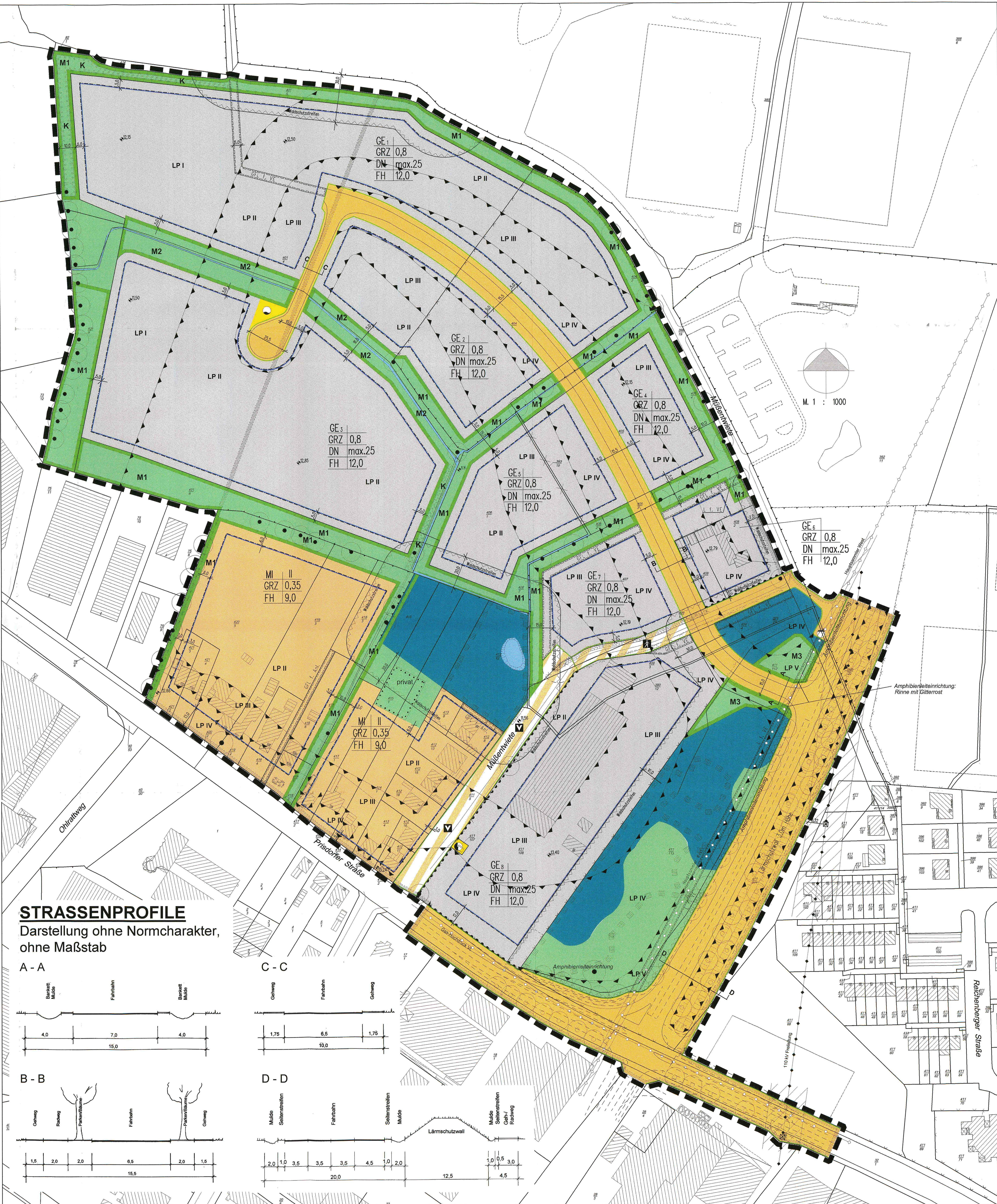


# SATZUNG DER STADT PINNEBERG ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 119 „MÜSSENTWIETE“

AUFGUND DES § 10 DES BAUGESETZBUCHES (BAUGB) SOWIE NACH § 92 DER LANDESBAUORDNUNG (LBO) WIRD NACH BESCHLUSSFASSUNG DURCH DIE RATSVERSAMMLUNG VOM ..... FOLGENDE SATZUNG ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 119 FÜR DAS GEBIET ZWISCHEN PRISDORFER STRASSE, GEMEINDEGRENZE ZU PRISDORF, MÜSSENTWIETE UND GEPLANTER WESTUMGEHUNG BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG (TEIL A) UND DEM TEXT (TEIL B) ERLASSEN.

## PLANZEICHNUNG (-TEIL A-)

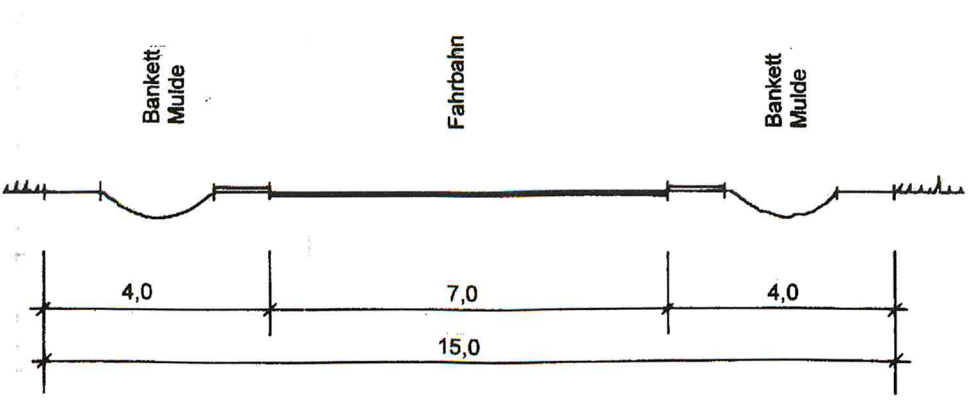
ES GILT DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG 1990



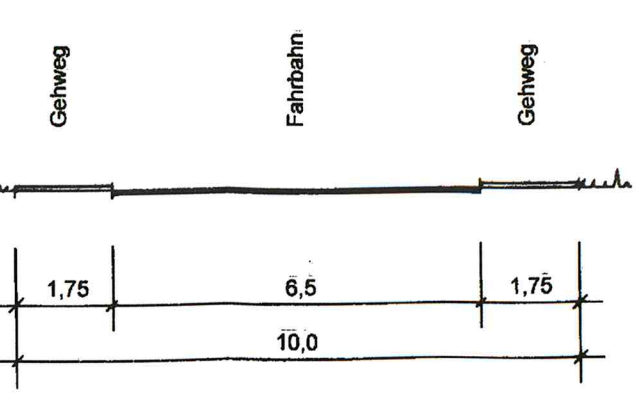
### STRASSENPROFILE

Darstellung ohne Normcharakter, ohne Maßstab

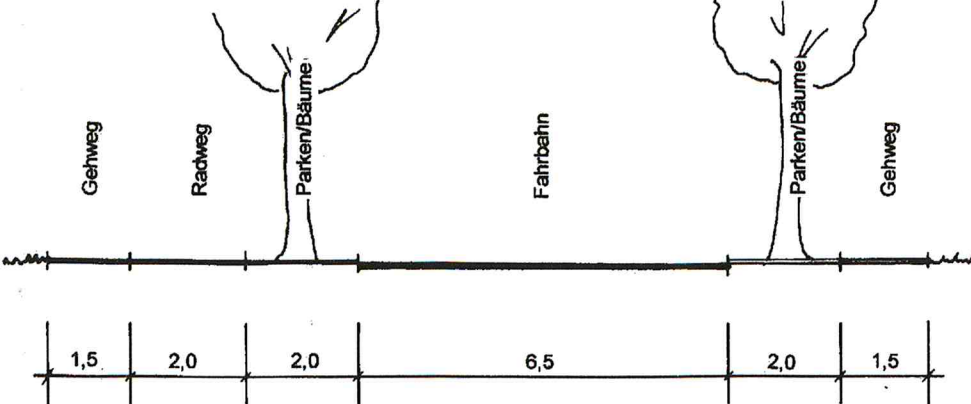
A - A



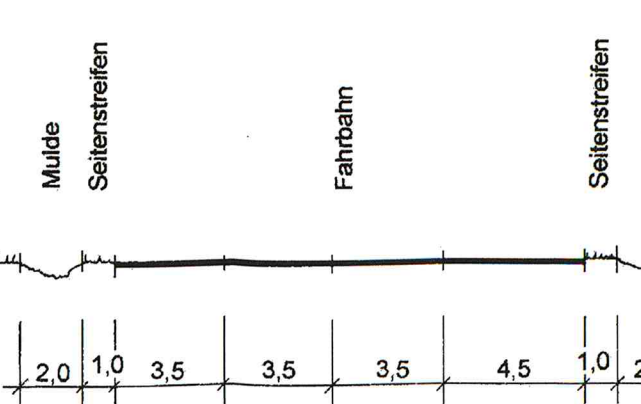
C - C



B - B



D - D



## ZEICHENERKLÄRUNG

### 1. Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

MI	Mischgebiet (§ 9 BauGB), z.B. Gebiet MI
GE	Gewerbegebiet (§ 9 BauGB), z.B. Gebiet GE2

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

GRZ 0,8	Grundflächenzahl als Höchstmaß, z.B. GRZ 0,8 (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
II	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z.B. II (§ 16 Abs. 2 Nr. 3 BauGB)
FH 12,0	Firsthöhe, als Höchstmaß in Meter, z.B. 12,0 m (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauGB)

Bauweise, Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

---	Baugrenze (§ 23 BauGB)
-----	------------------------

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

---	Straßenverkehrsfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
---	Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
---	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
---	- hier: Fußgänger- und Radfahrweg
---	- hier: Verkehrsberuhigter Bereich
---	Ein- und Ausfahrtbereich
---	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und die Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und 14 BauGB)

---	Ver- und Entsorgungsflächen
---	- Elektrizität
---	- Abwasser
---	- private Löschwasser Versorgung

Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

---	oberirdisch
---	unterirdisch

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

---	Grünfläche, privat
-----	--------------------

Wasserflächen und Flächen für die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

---	Wasserfläche
---	Entwässerungsgraben

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

---	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, z.B. M1, s. Text -Teil B- Nr. 4 (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
---	Amphibien- und Kleintiereinrichtung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
---	anpflanzende, beispielhafte Bäume (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
---	anzulegender Knick (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
---	zu erhaltende Bäume (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)
---	Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 und Abs. 6 BauGB)

Baugestaltung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 92 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

DN	Dachneigung als Höchstmaß, z.B. DN maximal 25° (§ 92 Abs. 1 Nr. 1 und 4 LBO)
----	--

Sonstige Planzeichen

---	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten von Ver- und Entsorgungsbetrieben zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
---	Mit Leitungsrechten zugunsten Ver- und Entsorgungsbetrieben zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
---	Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
---	Flächen für Aufschüttungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 17 BauGB)
---	Lärmpegelbereiche, z.B. LP II
---	Abgrenzung unterschiedlicher erforderlicher Schalldämm-Maße (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
---	Höhenlage über NN in Metern (§ 9 Abs. 2 BauGB)
---	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

### 2. Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

---	Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzgesetzes (§ 25 LNatSchG)
---	Erhaltung von Knicks (§ 25 LNatSchG)
---	Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen, Zweckbestimmung: Wasserschutzgebiet (§ 34 (1) LWG)
---	Wald (§ 2 LWaldG)
---	Waldschutzbereich (§ 24 LWaldG)

### 3. Darstellungen ohne Normcharakter

---	vorhandene bauliche Anlage
---	zukünftig fortfallende bauliche Anlage
---	vorhandene Flurstücksgrünze
---	fortfallende Flurstücksgrünze
---	Flurstücksnummer
---	Hochspannungsmast
---	Ausschwingbereich bzw. Leitungstrasse
---	Gemeindegrenze zu Prisdorf

## TEXT (-TEIL B-)

- Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**
  - In den Mischgebieten (MI) sind Einzelhandelsbetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten gem. § 9 Abs. 2 Nr. 8 und Abs. 3 BauGB nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 u. 6 Nr. 1 BauGB).
  - In den Gewerbegebieten (GE) sind Einzelhandelsbetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 u. 6 Nr. 1 u. Abs. 9 BauGB).
  - In den Gewerbegebieten sind Betriebe und Anlagen nicht zulässig, deren gesamte Schallemission die immissionsschutzrechtlichen, flächenbezogenen Schallleistungspegel  $L_{w, max}$  nach 45 dB(A)/m<sup>2</sup> überschreiten. Im Baugenehmigungsverfahren ist der Nachweis zu führen, dass der grundstücksbezogene Immissionsanteil in Richtung auf die zu schützenden Bereiche nicht überschritten wird. Die Gebäude in den Gewerbegebieten sind so zu errichten, dass der Geräuschemission gegen die benachbarten Wohngebiete in Gärten abgemindert wird (§ 1 Abs. 4 Nr. 2 BauGB).
  - Im gesamten Planungsbereich sind Betriebe und Anlagen nur dann zulässig, wenn die aufgrund ihres bestimmungsmäßigen Betriebes keine Geräuschemissionen emittieren (§ 9 Abs. 1 Nr. 23a BauGB).
- Flächen für Nebenanlagen und Stellplätze (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)**
  - In den Gewerbegebieten (GE) sind Stellplätze außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig, wenn diese Flächen an ein gem. § 25 LNatSchG geschütztes Biotop grenzen (§ 12 Abs. 6 BauGB).
  - In den Gewerbegebieten (GE) sind Nebenanlagen gem. § 14 BauGB außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig, wenn diese Flächen an ein gem. § 25 LNatSchG geschütztes Biotop grenzen (§ 14 Abs. 1 Satz 3 BauGB).
- Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)**
  - Mindestens 5% der gewerblichen Grundstücksflächen sind als naturnahe Grünflächen anzulegen, z.B. als freizeitschneckende Hecken, Gehölzflächen, Sukzessionsflächen und extensive Wiesen. Für Anpflanzungen sollen Arten der Pflanzensammlung verwendet werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 23a BauGB).
- Maßnahmen bzw. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)**
  - Auf den mit M1 gekennzeichneten Flächen werden krautreiche Stäume entwickelt. Die Baumstämme sind mindestens einmal jährlich, frühestens ab 1. Juli d. J. zu mähen. Die Mahlgut ist abzutransportieren. Düngung und Pestizidinsatz sind unzulässig. Die Errichtung baulicher Anlagen bzw. die Verriegelung von Böden, Ablagerungen, Anpflanzungen sowie das Befahren der Flächen ist unzulässig. Ausgenommen ist das Befahren mit Fahrzeugen zum Zwecke der Pflege der Knicks und der Baumstämme.
  - Die mit M2 gekennzeichneten Flächen sind zu entsorgen und der natürlichen Sukzession zu überlassen. Die Errichtung der Grenze zwischen Westumgehung bzw. Prisdorfer Straße (L 107) und der benachbarten Biotopfläche ist eine Amphibien-Randlinieeinrichtung herzustellen.
  - Vor Baubeginn sind die mit M1 und M2 gekennzeichneten Flächen sowie die nach § 25 LNatSchG geschützten Biotopflächen gegenüber den Baugruben durch einen ständischen Zaun (Mindesthöhe 1,20 m) dauerhaft zu schützen.
- Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)**
  - Fenster von Aufenthaltsräumen sind zu weniger geräuschemittierenden Gebäudeteilen zu orientieren. Ist eine solche Anordnung nicht möglich, sind für Fassaden der dem ständigen Aufenthalt von Personen dienenden Räume passive Schallschutzmaßnahmen gemäß DIN 4109 Schallschutz im Hochbau vorzusehen. Fenster von zum Schall vorgesehenen Räumen (Schlafzimmer, Kinderzimmer) sind zudem mit schalldämmenden Zuluftöffnungen als Ergänzung zu den erforderlichen Schallschutzmaßnahmen zu versehen.
  - Die erforderlichen resultierenden, bewerteten Schalldämm-Maße (er R<sub>w, res</sub>) entsprechend der festgestellten Lärmpegelbereiche III bis V für die Außenbereiche der jeweiligen Aufenthaltsräume, bestehend aus Außenwänden, Fenster und ggf. Zuluftöffnungen, betragen:

	Raumart	
III	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichts- und ähnliche / er R <sub>w, res</sub>	30
IV	60 bis 70	35
V	71 bis 75	40

	Lärmpegelbereich	Außenbereich	Innenbereich
III	61 bis 65	35	30
IV	66 bis 70	40	35
V	71 bis 75	45	40

Nachweise zur Schalldämmung sind im Baugenehmigungsverfahren nach DIN 4109 (Tab. 11/89) zu führen. Der Lärmabschirmwert an der Südostseite der Erschließungsstraße (Trassenabschnitt der Westumgehung) ist in einer Höhe von 3,0 m über Straßengröße zu ermitteln.

- Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)**
  - Auf den mit K gekennzeichneten Flächen sind Knicks anzulegen. Hierzu ist ein Knickwall (höchst 1 m, Breite des Knickwals 3 m) mit standortgerechten, landschaftstypischen Gehölzen des barten Knicks zu bepflanzen. Pflanzung 2-reihig auf Länge, Pflanzabstand in den Reihen 1 m. Die Gehölze werden in der Qualität leichte Sträucher bzw. leichte Heister verwendet. Die Knicks sind dauerhaft zu erhalten und festschneit zu pflegen.
  - Auf den nicht überbauten gewerblichen Grundstücksflächen sind die Flächen zwischen Straßenbegrenzungslinie und straßenseitiger Baugrenze mit Hecken einzufrieden, ausgenommen sind Zufahrten und Zugangsweg.
  - Auf beiden Seiten der Mittelbreite ist eine Baumreihe gleicher Art, Stammumfang mind. 16/18 cm, zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Je Baum ist eine offene Vegetationsfläche von mind. 10 m<sup>2</sup> herzustellen.
  - Entlang der Planstraße sind Grünstränge einer Art, Stammumfang mind. 16/20 cm, in gleichen Abständen von 15 m anzupflanzen. Von den festgesetzten Standorten kann um bis zu 2 m in alle Richtungen abgewichen werden. Je Baum ist eine offene Vegetationsfläche von mind. 10 m<sup>2</sup> herzustellen.
  - Auf den PRO-Stellplatzanlagen innerhalb der Baugruben ist je angefangene 4 Stellplätze ein Laubbäum, Stammumfang mind. 16/18 cm, zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Je Baum ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 10 m<sup>2</sup> herzustellen.
  - Südlich der Prisdorfer Straße sind auf dem Grünstreifen zwischen Straße und straßenbegleitendem Radweg – gem. den in der Planzeichnung (Teil A) schematisch dargestellten Bäumen – mittelgroße Bäume, Stammumfang mind. 16/18 cm, anzupflanzen.
  - Im Bereich der Westumgehung sind – gem. den in der Planzeichnung (Teil A) schematisch dargestellten Bäumen – mindestens 60 großkronige Bäume, Stammumfang mind. 16/18 cm, anzupflanzen.
  - In der Planzeichnung sind die Gehölze gem. DIN 18 920 vor Schädigungen zu schützen. Die zu erhaltenden Einzelbäume sind bei nachträglicher Beeinträchtigung ihrer Vitalität oder ihrem Abgang durch mind. 3 x verschulte Hochstämme (Stammumfang mind. 16/18 cm) derselben Art an gleicher Stelle umgehend zu ersetzen. Die Ersatzpflanzungen sind auf Dauer zu sichern und zu erhalten.
  - Die in der Planzeichnung nachträglich übernommenen, gemäß § 25 LNatSchG gesetzlich geschützten Biotopflächen sind in ihrer dargestellten Größe zu erhalten. Maßnahmen oder andere Eingriffe, die zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung betragen, sind unzulässig.
- Zuordnung von Ausgleichsmaßnahmen (§ 9 Abs. 1a BauGB)**
  - Als Ausgleichsmaßnahmen für die baulichen Eingriffe in den Gewerbegebiet werden anteilig für die einzelnen Grundstücke (siehe Grünzonenplan, Ziff. 6.3) Maßnahmen auf den folgenden Flächen zugeordnet:

Okzono-fäche	Gemarkung	Flur	Flurstücke	Größe in ha
1	Kummerfeld	1	3/1, 3/2, 3/3 - Dalloßwisch	1,0856
4	Borstel-Höhenraden	1	47/4, 47/5 - Heidenbrockswisch	0,6780
5	Borstel-Höhenraden	1	41/5, 42/13, 44/2, 61/13, 12/7, 61/30	1,4000
6	Borstel-Höhenraden	1	19/3, 24/2, 25/1, 57/16wisch	1,3000
9	Pinneberg	24	301/16w, 48/7, 52/6, 56/8, 64/3, 57/5, 1, 17/5/5 - Rausch-Niederung	1,5734
Summe				6,0350

Gemarkung	Flur	Flurstücke	Größe in m <sup>2</sup>
Pinneberg	16	137 140/7 (teilweise)	1.000 560
Summe			1.560

Gemarkung	Flur	Flurstücke	Größe in m <sup>2</sup>
Pinneberg	22	9/17 (Düpenaniederung)	720

Die Flächen werden zu Wald entwickelt. Hierzu werden standortgerechte, heimische Bäume gepflanzt.

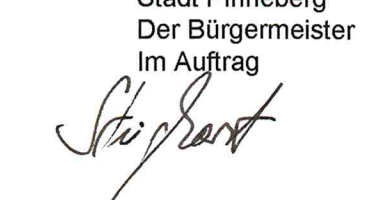
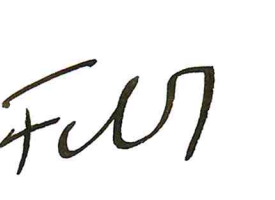

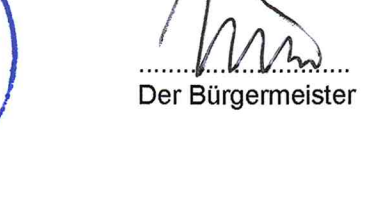

Gemarkung	Flur	Flurstücke	Größe in m²
Pinneberg	22	9/17 (Düpenauniederung)	720


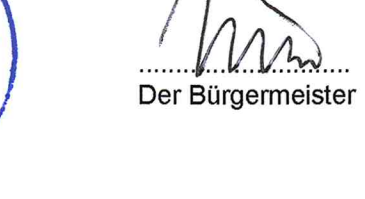
Auf dieser Fläche wird ein Gewässer angelegt.

Gemarkung	Flur	Flurstücke	Reale Flächen in ha	Anrechenbare Flächen in ha
12/1 (Ersatzfläche)	3	36/2 (anteilig), 33/2	1,9758	1,3238

Gemarkung	Flur	Flurstücke	Reale Flächen in ha	Anrechenbare Flächen in ha
12/1 (Ersatzfläche)	3	36/2 (anteilig), 33/2	1,9758	1,3238


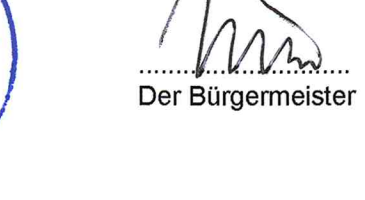
- Als Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen gilt die Oberkante der Erschließungsflächen in ihrer Mittelachse (§ 9 Abs. 2 BauGB).**
- Landesrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 92 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 LBO)**
  - Die festgesetzten Dachneigungen gelten nicht für Anbauten, untergeordnete Bauteile und Nebenanlagen gem. § 14 BauGB unter 25 m<sup>2</sup> Grundfläche.
  - In den Mischgebieten (MI) und Gewerbegebieten (GE) ist Werbung nur am Ort der Leistung zulässig. Bei Flachdächern ist sie nur unterhalb der Dachkante und bei geneigten Dächern nur unterhalb der Traufe zulässig.
  - Werbeanlagen mit wechselndem oder bewegtem Licht sind nicht zulässig.
  - Es dürfen keine leuchtenden Farben für Außenwandflächen verwendet werden. Reflektierende, fernwirksame Farben an den Fassaden oder an Fassadenanteilen und reflektierend beschichtete oder spiegelnde Fenster und Türen sind unzulässig.

- Aufgestellt aufgrund des Beschlusses des Hauptausschusses am 14.04.2004. Die örtliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in den Tageszeitungen am 28.04.2004 erfolgt.
- Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde vom 03.05.2004 bis zum 18.05.2004 durchgeführt.
- Die von der Planung betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 23.01.2006 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- Der Hauptausschuss hat am 27.09.2006 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 12.10.2006 bis zum 24.11.2006 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 10.10.2006 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Der katastermäßige Bestand am 27.09.2007 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt. Gemäß § 1 der Planzeichenverordnung wird auf die Darstellung geringfügiger baulicher Anlagen verzichtet. Ausgenommen ist die Darstellung der zu erhaltenden Bäume.  
Uetersen, den 18. JUL 2007  

- Die Ratsversammlung hat die vorgebrachten Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 05.07.2007 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Der Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 119 durch die Ratsversammlung und die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und der über den Inhalt Auskunft erteilt, sind am 04.10.2007 öffentlich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entscheidungsgespräche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkungen des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mithin am 04.10.2007 in Kraft getreten.  
Pinneberg, den 02.10.2007  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  


- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  


- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  


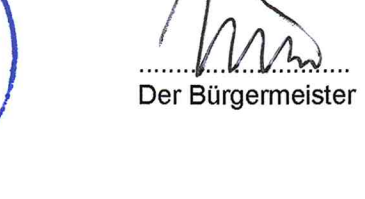

- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  



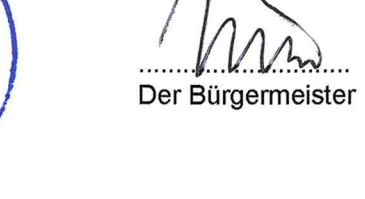
- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  


- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  


- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  


- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  


- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 02.05.2007 bis zum 18.05.2007 während der Dienststunden erneut öffentlich ausliegen. (Dies wurde bestimmt, dass Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.) Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 29.04.2007 in den Tageszeitungen örtlich bekannt gemacht.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  

- Die Ratsversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 05.07.2007 als Sitzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss geneigt.  
Pinneberg, den 20.07.2006  
Stad Pinneberg  
Der Bürgermeister  
Im Auftrag  
